



Ökoschwindel Durch Rechenricks wurde der Anteil an erneuerbarer Energie* in Österreich erhöht

* Foto: Windpark Parndorf

MARTIN FUCHS / PICTUREDESK.COM

Rosstäuschungen

Klimaschutz. Die Regierung ist beim Ausbau der erneuerbaren Energie säumig. Jetzt kann sie sich dabei auf eine neue Statistik ausreden.

Von Otmar Lahodynsky

Die Wirtschaftskrise birgt auch positive Faktoren. Da heuer der gesamte Energieverbrauch in Österreich sinken wird und zuerst kalorische Kraftwerke abgeschaltet werden, steigt der Anteil der erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Biomasse, Wind- und Sonnenenergie automatisch.

Das trifft sich gut mit der neuen EU-Richtlinie zum Klimaschutz, nach der jedes EU-Land den Anteil der sauberen Energieträger so anheben muss, dass diese bis zum Jahr 2020 EU-weit 20 Prozent der Energie liefern. Das an Wasserkraft reiche Österreich muss seinen Anteil von 23,3 Prozent (Basisjahr 2005) auf 34 Prozent anheben (siehe Grafik).

Am Freitag nach Ostern werden Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Umweltminister Niki Berlakovich den Startschuss für einen neuen „Gesamtenergieplan“ geben. Dieser soll festlegen, wie das hehre EU-Ziel über nationale Aktionspläne erreicht werden kann.

Noch beim EU-Gipfel im Dezember 2008 hatte Bundeskanzler Werner Faymann gewarnt, die Vorgaben seien für Österreich „nur unter großen Anstrengungen“ erreichbar. Dabei hatte

Faymanns Amtsvorgänger Alfred Gusenbauer 2006 ein noch ehrgeizigeres Ziel verankert: 45 Prozent der in Österreich verwendeten Energie sollten aus sauberen Quellen kommen.

Neue Berechnungen der Statistik Austria könnten den Ehrgeiz der Bundesregierung deutlich bremsen. Denn mithilfe einer höheren Bewertung von Wasserkraft und Biomasse sei schon jetzt in Österreich ein höherer Anteil an erneuerbaren Energieträgern nachweisbar, rechneten die Experten aus. Demnach hätte Österreich im Jahr 2005 einen Anteil von fast 26 Prozent erreicht und halte 2007 bei knapp 29 Prozent. Heuer könnten es schon über 30 Prozent sein.

Öko-Energie

Jedes EU-Land muss Anteil der erneuerbaren Energie anheben. Beispiele:



„Wir haben diese Daten nach den Vorgaben der EU-Richtlinie neu berechnen lassen“, erklärt die Sprecherin von Wirtschaftsminister Mitterlehner, Waltraud Kaserer. „Österreich steht tatsächlich besser da als früher angenommen. Aber das heißt nicht, dass wir nichts mehr tun müssen.“

Rechenricks. Umweltexperten warnen hingegen vor Schönfärberei. „Die Regierung darf sich nicht um Maßnahmen zur Energiewende drücken, indem sie irgendwelche neuen Rechenmodelle heranzieht“, warnt die grüne Umwelt- und Energiesprecherin im Nationalrat, Christiane Brunner. „Die jüngste Gaskrise hat gezeigt, wie dringend auch in Österreich der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern ist, wenn wir die Abhängigkeit von Öl und Gas reduzieren wollen.“

Von einer „Rosstäuschung“ spricht der Chef des österreichischen Bundesverbands für Fotovoltaik, Hans Kronberger. „Man kann EU-Ziele nicht dadurch erfüllen, indem man die Statistik nachbessert. Die Regierung muss endlich mehr zur Durchsetzung der erneuerbaren Energieformen tun. Nur sie garantieren auf Dauer Versorgungssicherheit und Preisstabilität.“

Bei der Sonnenenergie drohe Österreich vom weltweiten Boom weiter abgekoppelt zu bleiben. „In Österreich herrscht für die Fotovoltaik-Industrie totale Sonnenfinsternis“, klagt Kronberger, früher EU-Abgeordneter. Nur 0,2 Promille des in Österreich verbrauchten Stroms werden mit Solaranlagen erzeugt. In Bayern sind es zwei Prozent.

Schuld daran ist die umstrittene Ökostromgesetz-Novelle aus dem Jahr 2004. Damals hatte Ex-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein zu kurze Tariffaufzeiten, zu niedrige Einspeisetarife und streng limitierte Quoten für erneuerbare Energieträger festgelegt – mit schlimmen Folgen für die Öko-Industrie: Trotz zweier Gesetzesnovellen hält sich die Zahl neuer Solarstromanlagen oder Windenergiekraftwerke in Grenzen. Statt früher durchschnittlich 100 Windradanlagen pro Jahr wurden 2008 in Österreich nur mehr 17 neue Windparks errichtet, gab die IG Windkraft bekannt. Bei diesem Ausbautempo werde es 180 Jahre dauern, bis man das EU-Ziel von zehn Prozent Windkraft für die Stromerzeugung erreiche, warnte IG-Windkraft-Geschäftsführer Stefan Hantsch. Derzeit sind es knapp drei Prozent.

Zusätzliches Problem für die Öko-Branche: Die Bundesländer haben in Erwartung des neuen Ökostromgesetzes kaum noch Fördermittel reserviert. Und die Gesetzesnovelle liegt seit Monaten zur Prüfung bei der EU-Kommission in Brüssel.

Ein Sprecher von Energiekommissar Andris Piebalgs will die wundersame Anhebung der erneuerbaren Energie in Österreich nicht kommentieren, „weil wir die neuen Zahlen nicht kennen“. Wenn aber die Basis höher liege, könne auch der vom Bruttoinlandsprodukt des Landes abhängige Zielwert höher ausfallen.

Dann wären die neuen Berechnungen ein Eigentor gewesen. ■